

Zeitschrift: Schweizer Schule
Herausgeber: Christlicher Lehrer- und Erzieherverein der Schweiz
Band: 76 (1989)
Heft: 12: Ästhetische Erziehung : Erziehen zur Freude am Schönen

Rubrik: Schulszene Schweiz

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 15.03.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Schweizer Bildungssystem wird durchleuchtet

Erstmals wird das Schweizer Bildungssystem von Experten der OECD unter die Lupe genommen: In den kommenden zwei Wochen werden fünf Gutachter in den Kantonen Zürich, Uri, Aargau, Tessin, Wallis und Neuenburg die Grundausbildung bis zur Matura überprüfen und im kommenden Frühjahr einen Schlussbericht vorlegen.

Die Schweiz ist das letzte Mitglied der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD), das sich einem Länderexamen im Bildungsbereich stellt. Die Konferenz der kantonalen Erziehungsdirektoren (EDK) widersetzte sich vorab aus föderalistischen Gründen während Jahren dem Examen. Es sei befürchtet worden, eine zu globale Betrachtung auf der Basis der Gesamtschulidee werde den 26 verschiedenen Bildungssystemen nicht gerecht, erklärte der EDK-Präsident und liberale Neuenburger Ständerat Jean Cavadini gestern in Bern. Drei Gründe hätten nun den Meinungswandel ausgelöst: Im Hinblick auf die europäische Integration sei eine wachsende Mobilität der Studenten erwünscht, entsprechende Abkommen des Europarates und der Unesco seien unterschriftsreif. Von einem Sonderfall könne nicht mehr gesprochen werden, das Schweizer Bildungssystem brauche den internationalen Vergleich nicht zu scheuen. Zum 20-Jahr-Jubiläum des Schulkonkordats im kommenden Jahr sei es auch nötig, dass sich die Bildungsverantwortlichen in Selbstkritik üben und neue Modelle zur Kenntnis nähmen, um das föderalistische System zu retten, fügte der Walliser Erziehungsdirektor Bernhard Comby hinzu.

Das Schwergewicht der Untersuchung soll auf der Schul- und Berufsbildungspolitik liegen, während die zurzeit kontroversere Hochschul- und Wissenschaftspolitik nur am Rand gestreift wird. Eine Beschränkung auf die Grundausbildung bis und mit der Matura sei angesichts der Komplexität des Bildungssystems angezeigt gewesen, erklärte EDK-Generalsekretär Moritz Arnet. Wäre die Universitätsausbildung einbezogen worden, so hätte die Gefahr bestanden, dass sich die Untersuchung darauf konzentriert hätte.

Lob für den Grundlagenbericht

In den kommenden zwei Wochen führt das Expertenteam, dem Spezialisten aus den vier Nachbarländern angehören, zahlreiche Gespräche mit den Bildungsverantwortlichen in den sechs Kantonen sowie des Bundes. Bei der Auswahl wurden grosse und kleine, Gebirgs- und Mittelland-, Hochschul- und Nicht-Hochschulkantone berücksichtigt. Grundlage bildet eine von der EDK verfasste zweibändige Übersicht über das Bildungssystem. Dieser Bericht sei einfach und plastisch und komme ohne das übliche Bildungs-Chinesisch aus, rühmte der Chef der Expertengruppe, der frühere saarländische Kultusminister Wolfgang Knies.

Die Gutachter verstünden sich nicht als gestrenge Prüfer, die von oben herab Noten verteilen. Mit gezielten Fragen, nicht mit voreiligen Antworten, versuche die OECD der Selbstfindung der Schweizer Bildungspolitik nützlich zu sein. Die Experten seien sich der föderalistischen Struktur und der verfassungsrechtlichen Ausgangslage bewusst, deshalb gehe es keinesfalls darum, ein Allerheilmittel zu verordnen. Im übrigen führe die Politik der auf Konsens, Kompromiss und Konkordanz ausgerichteten Entscheide oft schneller zum Ziel, als die in der Bundesrepublik übliche Politik der harschen Auseinandersetzung, sagte Knies.

CH-Schule hat Mühe mit Fünftagewoche

Mit der Einführung der Fünftagewoche an den Deutschschweizer Schulen harzt es offenbar. Während die Einführung im Tessin und mehrheitlich auch in der Westschweiz bereits Tatsache ist, kennt vorerst kein einziger Deutschschweizer Kanton diese Regelung.

Gemäss einer publizierten Umfrage in der Schweizerischen Lehrerschaft kennen die Kantone Tessin, Neuenburg, Jura, Genf, Freiburg bereits die Fünftagewoche. Sie gilt ausserdem im französischsprachigen Teil des Kantons Bern sowie im Unterwallis. In der Deutschschweiz seien Traditionen, angebliche Sachzwänge wie die Studentafel, der Lehrplan und die Schulräume, sowie Missgunst wegen der falsch eingeschätzten Arbeitszeit und Belastung der Lehrer nach wie vor Steine auf dem Weg zur Fünftagewoche.

CH: 20 Prozent durch die Matura gefallen

Bei den im laufenden Jahr von der Eidg. Maturitätskommission durchgeführten Prüfungen bestand jeder fünfte Kandidat das Examen nicht. Von den 1169 (Vorjahr 1197) Kandidaten schafften 924 (965) die Examenshürde. Die Erfolgsquote liegt mit 79 Prozent knapp unter dem Vorjahresergebnis.

Wie das Eidgenössische Departement des Innern (EDI) mitteilte, standen bei den verschiedenen Maturitätstypen die wirtschaftswissenschaftliche und die neu-sprachliche Richtung mit je 259 Kandidaten an erster Stelle, gefolgt von der Real maturität mit 234 Kandidaten. Beim Typus B (Latein und moderne Sprachen) stellten sich 160 und beim Typus A (Latein und Griechisch) 12 Kandidaten den Prüfern.

Die katholischen Schulen setzen sich mit ihren Werten auseinander

Die Konferenz Katholischer Schulen und Erziehungsinstitutionen der Schweiz (KKSE) tagte vom 19.–21. Oktober im Flüeli-Ranft. 80 Rektoren, Präfekten und

Lehrpersonen aus der ganzen Schweiz setzten sich mit dem stets aktuellen Thema «Werte an unseren Schulen – neugesehen» auseinander.

Den Reigen der Referenten eröffnete die Walliser Altnationalrätin *Gabrielle Nanchen* mit einem kritischen Rückblick auf ihre eigene Internatszeit. Was stand damals im Vordergrund? Warum schicken Eltern, auch wenn sie kritisch auf die eigene Schulzeit zurückblicken, ihre Kinder wiederum in katholische Schulen? Obenaus schwingt immer wieder, dass in diesen Schulen arbeiten gelernt wird – in einem stimmigen Umfeld. Nanchen lädt ein, die bedrängende Nord-Süd Problematik als Dimension entschieden in den Unterricht einzubringen.

Der Bildungsleiter des Luzerner Romero-Hauses, Pater *Othmar Eckert*, rief zur Auseinandersetzung mit heute aktuellen Werten auf. Er plädiert für einen «neuen christlichen Humanismus», der von Solidarität geprägt ist. Er sieht allerdings beim vermehrten Engagement katholischer Schulen für mehr Solidarität verschiedene Konflikte, z.B. wie kann eine Maturitätsverordnung, die der abendländischen Kultur verpflichtet ist, den Einbezug der Kulturen der Dritten Welt überzeugend schaffen?

Im Mittelpunkt der Diskussionen standen die Ausführungen des Rektors des katholischen Gymnasiums in Lyon, Pater *Georges Babolat*, und des Rektors des Gymnasiums Papiro in Ascona, *Don Giacomo Grampa*. Grampa sieht «vier Dimensionen, um Christus gegenwärtig zu machen in unseren Schulen: globale, dynamische, realistische und evangelische Dimension. Ich bin versucht zu sagen, die vorausgesetzte Bedingung, damit in einer katholischen Schule neue Werte seien, ist nur eine: dass sie wahrhaft christlich sei, – christlich, nicht klerikal oder religiös, laikal oder sakral, fortschrittlich oder konservativ, neu oder alt, vor- oder nachkonziliar. Ganz einfach christlich, d.h. in Christus seine Verwurzelung haben, nach der Lehre des Apostels Paulus», der in Christus das Bild des unsichtbaren Gottes sieht.

Neues Leitbild der katholischen Schulen

Auf die Tagung hin konnte auch das neue Leitbild der katholischen Schulen veröffentlicht werden. Sein Leitmotiv ist die Öffnung und die Offenheit. Die katholischen Schulen verstehen sich heute weniger als Ersatzschulen, wenn die staatlichen Schulen nicht ausreichen, sondern als Alternative zu den staatlichen Schulen. Sie gehen davon aus, dass in unserem schweizerischen Bildungswesen staatliche und private Schulen in gegenseitiger Ergänzung und in loyaler Konkurrenz zu existieren haben. Im neuen Leitbild wird die Zusammenarbeit unter den katholischen Schulen entsprechend betont. Das Leitbild sieht die Öffnung in allen Richtungen im eigenen Umfeld, aber auch bezüglich der ganzen Welt, nicht nur als einen Erfolgsfaktor, sondern geradezu als eine Erfolgsgarantie. (Das neue Leitbild kann bestellt werden bei: Arbeitsstelle für Bildungsfragen der Schweizer Katholiken, Hirschengraben 13, Postfach 2069, 6002 Luzern, Tel. 041-23 50 55, Preis Fr. 8.–.)

Bruno Santini-Amgarten

Schweiz – EG: Freizügigkeit für Ärzte, Anwälte und Architekten?

In Absprache mit dem Bund klärt die Erziehungsdirektorenkonferenz ab, ob die Schweiz mit der EG ein Freizügigkeitsabkommen für die akademischen Berufsdiplome abschliessen soll. Zur Zeit läuft ein Vernehmlassungsverfahren bei den entsprechenden schweizerischen Berufsverbänden der Ärzte, Zahnärzte, Apotheker, Rechtsanwälte, Ingenieure, Architekten, Psychologen und Lehrer. Geklärt werden soll nicht nur die Frage, ob eine gegenseitige Anerkennung dieser Berufsdiplome anzustreben sei, sondern auch das ebenso gewichtige Problem, welche Anpassungen sich landesintern aufdrängen.

Die Europäischen Gemeinschaften haben schon vor Jahren einzelne Richtlinien für die Anerkennung der wissenschaftlichen Berufsabschlüsse erlassen. Mit der Ende 1988 beschlossenen «Allgemeinen Regelung zur Anerkennung der Hochschuldiplome, die eine mindestens dreijährige Berufsausbildung abschliessen» wurde nun EG-intern ein Durchbruch erzielt, der die Schweiz vor schwierige Probleme stellt. Die EG verzichtet auf eine Harmonisierung der Ausbildungsgänge und betrachtet – unter bestimmten Voraussetzungen – die nationalen Diplome als gleichwertig. Sofern die Schweiz für ihre Akademiker die Freizügigkeit anstrebt, wird sie sich diesem «Vertrauensprinzip» anschliessen müssen.

Die Vernehmlassung, an der auch die betroffenen kantonalen Direktorenkonferenzen beteiligt sind, läuft bis Ende November 1989. Eine Arbeitsgruppe unter der Leitung des Generalsekretärs der EDK wird die Ergebnisse auswerten und den zuständigen Instanzen Antrag stellen.

Erstmals Diplommittelschulen interkantonal anerkannt

Der Vorstand der Erziehungsdirektorenkonferenz hat erstmals Diplommittelschulen (DMS) gemäss den 1987 beschlossenen Anerkennungsrichtlinien anerkannt. Die Anerkennung erfolgt auf ein Gesuch des Standortkantons der Schule und gestützt auf den Bericht einer Kommission.

Die Diplome der folgenden Schulen aus den Kantonen Basel-Landschaft, Bern, Schaffhausen und Zürich sind damit interkantonal anerkannt:

Diplomabteilungen der Gymnasien Liestal, Münchenstein, Muttenz und Oberwil, Ecole du degré diplôme von Moutier, Diplommittelschulabteilung der Kantonsschule Schaffhausen, Diplommittelschulen Riesbach, Zürich, und Rychenberg, Winterthur, Diplommittelschule Bülach.

Mehr als zwanzig weitere Anerkennungsgesuche werden zur Zeit von der DMS-Kommission bearbeitet.

Diplommittelschulen sind allgemeinbildende, nach-obligatorische Schulen von zwei oder drei Jahreskursen. Sie bereiten für die Ausbildungen in den Bereichen der paramedizinischen, sozialen, erzieherischen, künstlerischen und dienstleistungsorientierten Berufe vor.

Die Anerkennung durch die EDK verleiht den Diplomen eine Art Gütesiegel, das in den Aufnahmeverfahren der beruflichen Ausbildungsstätten sehr hilfreich ist. Es handelt sich um eine bildungspolitische Novität, indem erstmals ausserhalb des bekannten Anerkennungsverfahrens durch den Bund bei den Gymnasien ein neuer, gemeinsamer schweizerischer Schultyp der Sekundarstufe II geschaffen und geprägt worden ist.

Weniger Lehrlinge – aber nicht in allen Berufen

1988 begannen 72'500 junge Leute eine Berufsausbildung, die meisten als Lehrling. Es waren 2'500 weniger als im Vorjahr. Die Eintritte sind seit 1985 rückläufig, ein grösserer Rückgang des Nachwuchses steht aber noch bevor. In einigen Branchen und Regionen mangelt es jetzt schon an Ausbildungswilligen.

Wie das Bundesamt für Statistik (BFS) mitteilt, entwickeln sich die Eintrittszahlen je nach Berufsgruppe sehr unterschiedlich. Unter den stark rückläufigen Berufen finden sich einige mit besonderen Arbeitsbedingungen wie unregelmässiger Arbeitszeit oder schwerer körperlicher Arbeit. So wurden dem BFS im Vergleich zum Vorjahr starke Rückgänge um 15% bei den Berufen der Landwirtschaft, im Nahrungsmittel- und Gastgewerbe, sowie im Baugewerbe gemeldet. Dagegen liess die Hochkonjunktur in der Bauwirtschaft die Lehrlinge in den Zeichnerberufen ein weiteres Mal ansteigen. Deutlich rückläufig (8–10%) waren ferner die Eintritte in den Gruppen Malerei, Verkauf und Körperpflege (Coiffeur/se). In der grossen Gruppe der Metall- und Maschinenindustrie, und auch bei den holzbearbeitenden Berufen, entsprach das Minus mit 3 resp. 4% dem Gesamtdurchschnitt. – Im Gegensatz dazu steigerte sich die Zahl der neubesetzten Ausbildungsplätze in anderen Gruppen immer noch oder wieder. In Teilen des expandierenden Dienstleistungssektors werden mehr Ausbildungsplätze angeboten und von den jungen Leuten laufend besetzt: Mehr neue Lehrlinge als im Vorjahr begannen ihre Ausbildung in den Verkehrsberufen (7%), im Graphischen Gewerbe (6%) und in der Heilbehandlung (5%). Auch die grösste Gruppe, die Büroberufe, wies noch eine minimale Zunahme auf.

Aufgrund der Jahrgangsstärke (alle 17jährigen) hätte die Zahl der Neueintretenden schon zu Beginn der 80er Jahre zurückgehen müssen. Der Rückgang setzte aber erst 1985 ein und zunächst nur langsam. Der Grund liegt in der steigenden Bildungsbeteiligung: Mehr Frauen und mehr ausländische Jugendliche durchlaufen eine Berufsausbildung. 47% der Neueintretenden waren 1988 Frauen (1980: 42%) und 16% waren ausländische Jugendliche (1980: 11%). Beide Gruppen wirken weiterhin als Nachwuchs-Reservoir, trotzdem ist, wegen der kleinen Jahrgänge, in den nächsten Jahren mit grösseren Lehrlingslücken zu rechnen.

Gefüllte Lücke

Im Herbst 1989 haben erstmals im Kanton Zürich Prüfungen zum Nachweis des nachgeholteten Sekundarschulabschlusses stattgefunden. Nur eine der zehn Kandidatinnen und Kandidaten stellte sich allen Prüfungen. Sie erhielt den neugeschaffenen «Ausweis über die Sekundarschulbildung», der rechtlich der abgeschlossenen Sekundarschule gleichgestellt ist.

Eine ausserordentlich erfreuliche Meldung! Sie zweifeln? Weil es nur um eine Person geht? Sie denken, Aufwand und Ertrag stünden in einem krassen Missverhältnis?

Nein, mich freut, erstens, dass der Pilotkurs an der «Schule für Haushalt und Lebensgestaltung» der Stadt Zürich, der, wie erinnerlich, seinerzeit Mühe hatte, genügend Teilnehmer anzuziehen, erfolgreich abgeschlossen werden konnte. Und zweitens, dass man sich an diese Prüfung zum Sekundarschulabschluss auch melden kann, wenn man sich selbständig – ohne Kursbesuch – vorbereitet; dass also Erwachsene für erwachsen gehalten werden, die selbständig über ihr Lernen verfügen können. Ein Drittes: Die erfolgreiche Kandidatin hat bewiesen, dass dieses Bildungsangebot wirklich wichtig ist: Da war eine Person – so stelle ich mir dies ganz naiv vor –, die Wert darauf legte, (sich und/oder anderen) zu beweisen, dass sie das beherrscht, was die Sekundarschule verlangt. Bisher gab es für alle diese Chance (in der Regel) nur einmal, dafür (etwa) tausend Gründe, diese Chance zu verpassen.

Herzliche Gratulation – allen Beteiligten!

Leza M. Uffer